

Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

Niederschrift

Köthen (Anhalt), 29.01.2016

über die 10. Sitzung des Sozial- und Kulturausschusses
öffentlicher Teil

Die Sitzung fand statt:

Datum :	28.01.2016	Ort :	06366 K ö t h e n (A n h a l t)
Beginn :	19:20	Straße :	Wallstraße 1-5
Ende :	20:45	Raum :	Großer Sitzungsraum 217

Anwesende Mitglieder
lt. Teilnehmerliste :

(siehe Anhang)

Von der Verwaltung
waren anwesend :

Alexander Frolow - Dezernent
Birgit Schlendorn - Leiterin Schulamt
Birgit Leps - Rechnungsprüfungsamt
Ilona Häckel - Ratsbüro
Frau Laurich - Streetworkerin

Außerdem waren
anwesend (Gäste) :

Mitteldeutsche Zeitung
Pfarrer Hädicke
Herr Neumann - Katholisches Pfarramt

Tagungsleitung :

Christina Buchheim

Schriftführer :

**Ausschussvorsitzend
er**

Dezernent

Protokollführer

Christina Buchheim

Alexander Frolow

Silke Cäsar

Tagesordnung

TOP	Thema	Vorl.-Nr.
1	Eröffnung	
1.1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Ladung	-
2	Behandlung der öffentlichen TOPs	
2.1	Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (öffentlicher Teil)	-
2.2	Informationen der Verwaltung (öffentlicher Teil)	-
2.3	Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)	-
2.4	Jahresplan städtepartnerschaftliche Aktivitäten 2016	2016003/1
2.5	Streetworkbericht	2016001/1
2.6	Anfragen und Anregungen (öffentlicher Teil)	-
3	Behandlung der nichtöffentlichen TOPs	
3.1	Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.2	Informationen der Verwaltung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.3	Bestätigung der Tagesordnung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.4	Anfragen und Anregungen (nichtöffentlicher Teil)	-

Protokolltext

Öffentlicher Teil

Im Vorfeld der Sitzung wurde die Kita „St. Anna“ in der Lohmannstr. 28 besichtigt. Beginn: 18:30 Uhr bis 19:15 Uhr

TOP 1

Frau Buchheim eröffnet die Sitzung um 19.20 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 1.1

Die Beschlussfähigkeit (9 anwesende Mitglieder) und die Ordnungsmäßigkeit der Ladung werden festgestellt.

TOP 2.1

Zum letzten Protokoll wurde angemerkt, dass der sachkundige Einwohner, Herr Lehmann, fälschlicherweise als Stadtrat bezeichnet wurde.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der letzten Sitzung wird bei 1 Enthaltung bestätigt.

TOP 2.2

Frau Buchheim erteilt im Einvernehmen mit den Ausschussmitgliedern Pfarrer Hädicke das Wort. Das Anliegen liegt dem Protokoll als Anlage 1 bei.

Herr Frolow führte dazu aus, die KiföG-Regelungen seit 2013 bekannt sind. Der Landkreis ist zu spät in Verhandlungen mit den freien Trägern eingetreten. Durch eine Falschinformation war von den freien Trägern angenommen worden, dass das Geld rückwirkend gezahlt wird, was aber nicht der Fall ist. Im März 2015 wurde durch die Stadtverwaltung bereits ein Schreiben an die freien Träger abgesetzt, dass eine Übergangsvereinbarung abgeschlossen werden muss, um überhaupt eine Zahlungsgrundlage zu haben. Die Vereinbarungen schließt der Kreis ab, die Stadt erteilt nur ihr Einverständnis. Die Stadt ist nicht verpflichtet, die rückwirkenden Kosten zu tragen. Es wäre eine rein freiwillige Leistung.

StR Heeg war verwundert darüber, dass Pfarrer Hädicke es nur im Namen von 3 freien Trägern vortrug. Das Studentenwerk und die Lebenshilfe waren nicht aufgeführt, die es auch betrifft. Es wurde die Frage gestellt, ob der Klageweg für möglich gehalten wird.

Herr Frolow antwortete, dass der Klageweg niemandem verboten werden kann. Mit dem Studentenwerk und der Lebenshilfe wurde sich schon geeinigt. Das Problem der Prospektivität wird dort akzeptiert. Ihnen wird 10 % als zusätzliche Zahlung zu den 90 % aus den Abschlägen des Jahres 2014 gezahlt. Dies wurde jedem freien Träger angeboten und steht jedem freien Träger auch noch offen.

StR Dr. Sobetzko wollte wissen, ob der Klageweg zu einem anderen Ergebnis kommen würde, was Herr Frolow nicht glaubt.

Pfarrer Hädicke bemerkte, dass der überwiegende Teil der Kommunen diese Rechtsauffassung nicht teilt. Die 3 Träger hätten jedoch nicht vor zu klagen. Es besteht immer noch die Hoffnung auf eine anderweitige Lösung des Problems.

StR Reisbach wollte wissen, wieviel Mittel die Stadt im Haushalt dafür eingestellt hatte.

Frau Schlendorn antwortete, dass ausreichend Mittel im Haushalt eingestellt waren, aber es

kann nur gezahlt werden, was rechtlich verpflichtend ist.

Im Anschluss wurden die im Namen der CDU-Fraktion gestellten Fragen zum Thema beantwortet.

1. Für welche Einrichtungen wurden bereits Verträge zwischen Landkreis und Träger abgeschlossen?

Evangel. Grundschulhort
Evangel. KiTa „Guter Hirte“
Studentenwerk
Katholische KiTa
Für Umland: KiTA „Wichtelland“ in Libehna

2. Welche Veränderungen der Zuschüsse ergeben sich dadurch für die Stadt?

Die Kosten werden für die Stadt steigen, für das Jahr 2016 ca. um 5 %.

3. Wie viele Kinder aus anderen Orten werden in den Kindereinrichtungen in Köthen betreut?

Die Stadt als Träger von Kindertagesstätten betreut in den Kindergärten im Schnitt 8 Umlandkinder und in den Horten durchschnittlich 20 Umlandkinder.
Ca. 58 Köthener Kinder werden von Trägern in Umlandgemeinden betreut, davon 8 im Hort.

4. In welchem Umfang hat die Stadt Köthen den Umlandgemeinden bereits Aufforderungen zur Kostenerstattung in Köthen betreuter Kinder geschickt?

Pro Jahr werden für die Betreuung ca. 60 T€ eingenommen (2014).

5. In welchem Umfang hat die Stadt Köthen von den Umlandgemeinden bereits Aufforderungen zur Kostenerstattung in den Umlandgemeinden betreuter Kinder geschickt?

Hierfür wurden 2014 103.241 € aufgewendet.

6. Wie ist der Stand der Dinge von möglichen Nachzahlungsforderungen für den Zeitraum ab 1.1.2015?

Da nicht alle Träger bereits über ein Verhandlungsergebnis verfügen, kann die Frage nicht abschließend beantwortet werden. Für die Träger, für welche ein Solches bereits vorliegt, ergebe sich theoretisch ein Betrag in Höhe von ca. 143.400 €.

Herr Frolow fügte hinzu, dass der Städte- und Gemeindebund mit seiner Verfassungsbeschwerde zum Thema KiföG teilweise Erfolg hatte. Im Jahr 2017 wird es demnach eine Novelle zum KiföG geben.

Herr Frolow informierte zum Stand Obdachlosenheim, dass derzeit der Einbau von Duschen geprüft wird. Dazu muss ebenfalls überdacht werden, ob es dann den Charakter der Einrichtung verändert. Ebenso wurde die Schimmelproblematik, die durch falsches Lüften und Heizverhalten ausgelöst wurde, abschließend geklärt.

StR Reisbach wollte wissen, ob es in der Angerstraße Duschen gegeben hat, was von der

Verwaltung verneint wurde.

StRn Schablowski erfragte, ob die Medien jetzt ständig am Sachverhalt dran bleiben. Herr Frolow entgegnete dass bei den Medien ein erhöhtes Interesse vorlag. Die Verwaltung hat aber immer ausführliche schriftliche Zuarbeiten geleistet.

TOP 2.3

Die Tagesordnung öffentlicher Teil wurde einstimmig angenommen.

TOP 2.4 – Jahresplan städtepartnerschaftliche Aktivitäten

Frau Häckel führte aus, dass es weniger Anträge als sonst gab. Bei den gestellten Anträgen wurden 100 % angesetzt. Sie sind alle schlüssig. Der Ausschuss kann darüber nun befinden.

StR Reisbach erinnerte, dass im RPA vor einiger Zeit festgestellt wurde, dass einige Vereine unrechtmäßig Mittel bekommen haben. Gibt es hier schon ein Ergebnis?

Frau Häckel gab die Information, dass es ein Gespräch mit dem RPA und Herrn Frolow dazu gab. Die Vereine haben inzwischen Quittungen nachgereicht, um die Ausgaben zu belegen.

Die neuen Anträge werden in den Fraktionszimmern zur Einsicht ausgelegt.

StR Schönemann stellte einen Änderungsantrag zu den Differenzbeträgen, der auf Machbarkeit durch die Verwaltung geprüft wird.

StR Reisbach sprach sich für eine Vereinfachung der Anträge aus, dass wieder mehr Anträge gestellt werden.

Herr Frolow führte aus, dass die Allgemeinen Bewilligungsbedingungen an die Gemeindehaushaltsverordnung gebunden sind. Die Bedingungen werden derzeit durch die Kämmerei geprüft.

TOP 2.5

StRn Berlin wollte wissen, ob auch das Problem Mediensucht aufgegriffen ist, was durch Frau Laurich vereint wurde. Dies ist schwierig, weil die Medien Facebook, whats app u. a. nun einmal Treffpunkt für die Jugendlichen sind. Der Landkreis bietet dazu in seiner Beratungsstelle etwas an. Das Thema könnte frühestens 2017 in Angriff genommen werden, weil entsprechende Mittel für ein Projekt immer beantragt werden müssen. Ebenso wurde durch StRn Berlin auch das Thema Körperpflege angesprochen. Frau Laurich entgegnete, dass dies ein alltägliches Problem ist, aber dazu sei kein Projekt geplant.

StR Dr. Sobetzko hatte einen guten Eindruck vom Bericht. Er vermisste jedoch das Aufgreifen seiner Anregung, dass Geschichte nicht im Jahr 1945 aufhört. So sollte auch einmal das sehenswerte Stasi-Gefängnis in Hohenschönhausen besucht werden.

Frau Laurich gab bekannt, dass dies am 10.11.2016 auch geplant sei. Dort werden Zeitzeugen eine Führung vornehmen. Die Anregung zum Besuch des „Roten Ochsen“ kann in diesem Jahr ggf. auch noch umgesetzt werden.

StR Heeg merkte an, dass diese Anregung auch nicht protokolliert war. Er bat daher beim nächsten Bericht um einen Ausblick auf das Folgejahr. Das Thema Netikette im Netz hielt er auch für ein wichtiges Thema, welches aufgegriffen werden könnte. Ebenso, dass im Netz

nichts verlorengelassen an Fotos und Einträgen.

StRn Berlin regte noch das Thema Cyber-Mobbing an.

TOP 2.6 – Anfragen und Anregungen

keine

Ende öffentlicher Teil 20.38 Uhr